

Rede von IHK-Präsident Heinz-Herbert Dustmann beim IHK-Jahresempfang
am 19. September 2023, 18 Uhr, in der IHK zu Dortmund
+ + + Es gilt das gesprochene Wort + + +

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu unserem Jahresempfang, den wir heute bereits zum zweiten Mal im Innenhof der IHK durchführen. Wie im Vorjahr ist es der dritte Dienstag im September. Vielleicht gelingt uns dies auch 2024. Ich persönlich hätte gegen eine neue Tradition nichts einzuwenden.

Ich möchte eingangs besonders begrüßen:

- *Oberbürgermeister Westphal und Herter*
- *den Landrat Löhr*
- *die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Kreis Unna*
- *sowie die NRW-Ministerinnen Brandes und Scharrenbach*
- *und den parlamentarischen Staatssekretär Josef Hovenjürgen*
- *außerdem den Präsidenten des Regierungsbezirks Arnsberg, Heinrich Böckelühr*

Ebenso begrüße ich die Abgeordneten des NRW-Landtags

- *die Damen Butschkau und Lüders sowie die Herren Baran, Schmeltzer und Stoltze*

Stellvertretend für alle Vertreterinnen und Vertreter des diplomatischen Korps begrüße ich die Generalkonsulin der Ukraine, Frau Iryna Shum.

Ihnen und allen anderen Gästen, den Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden, Kammern und Kultur gilt mein herzlicher Gruß.

Meine Damen und Herren,

vorhin hat unsere IHK-Vollversammlung getagt. Das regionale Parlament der Wirtschaft hat seit Jahresbeginn ein teilweise neues Gesicht. Im Herbst des vergangenen Jahres konnten alle 57.000 Unternehmen unseres IHK-Bezirks die Mitglieder der Vollversammlung neu wählen.

Ich möchte an dieser Stelle herzlich allen früheren VV-Mitgliedern für ihren Einsatz danken. Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich. Unsere Terminkalender sind alle gut gefüllt und meistens gibt es noch weitere ehrenamtliche Aufgaben. Familien, Freizeit und andere Tätigkeiten müssen deshalb manchmal zurückstehen.

Aber Ihr Einsatz, liebe Unternehmerinnen und Unternehmer, ist sehr wichtig. Ihr Handeln, Ihr Wissen und Ihre Erfahrungen bilden die Basis der IHK-Arbeit – zum Wohl der regionalen Wirtschaft.

Und an die Adresse der neuen Vollversammlung möchte ich folgendes sagen: In den drei VV-Sitzungen des Jahres 2023 habe ich schon gemerkt, mit wieviel Freude Sie bei der Sache sind.

An klaren Meinungen, guten Ideen und wertvollen Ratschläge wird es in der Zusammenarbeit mit Ihnen nicht fehlen.

Ich freue mich sehr auf das weitere Miteinander – auch wenn wir zahlreichen Herausforderungen gegenüberstehen. Dazu gleich mehr.

Insgesamt bilden 84 Unternehmerinnen und Unternehmer die neue Vollversammlung. Dabei ist die Zahl der Frauen von ursprünglich 14 auf nunmehr 20 deutlich (+ 43 Prozent) gestiegen. Dies entspricht bei 84 Sitzen in der VV einem Anteil von knapp 24 Prozent. Das ist wunderbar. Wir haben uns diese positive Entwicklung sehr gewünscht.

Natürlich bleibt noch viel Luft nach oben.

Wir wollen das Engagement von weiblichen Führungskräften würdigen und weiterhin nach Kräften unterstützen.

So war unsere IHK in der vergangenen Woche Gastgeberin des DIHK-Netzwerktages Business Women.

150 Unternehmerinnen aus ganz Deutschland und NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur waren hier, um gemeinsame Aufgaben zu besprechen, zu netzwerken und um unsere wirtschaftlichen Stärken kennenzulernen.

Es war für alle beteiligten Damen und Herren ein voller Erfolg und ich denke, unsere Region konnte zahlreiche Pluspunkte sammeln.

So wie dies bereits im Mai bei der großen Landeskonferenz der IHK-Wirtschaftsjunioren geschehen ist. Auch zu diesem Anlass wurde hier ein hervorragendes Programm organisiert.

Und wenn die traditionsreiche Westfälische Kaufmannsgilde 2024 ihr 100-jähriges Bestehen feiert, können wir uns natürlich auf weitere Highlights freuen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte zwei Herren danken, die über Jahrzehnte hinweg für die IHK und das Westfälische Wirtschaftsarchiv vieles bewegt haben. Geschäftsführer Ulf Wollrath und Archivdirektor Dr. Karl-Peter Ellerbrock haben sich im Frühjahr in den wohl verdienten Ruhestand verabschiedet.

Ihre Nachfolge haben zwei Damen angetreten. Simone Bergmann ist die neue Geschäftsführerin Handel, Dienstleistungen und Existenzgründungen. Dr. Kathrin Baas leitet nun das WWA.

Der IHK-Verkehrsexperte Stefan Peltzer wiederum hat von Ulf Wollrath den Staffelstab als Leiter der Zweigstelle Hamm übernommen.

Wir wünschen ihnen alles Gute für die kommenden Aufgaben!

Meine Damen und Herren,

wir haben heute in der Sitzung unserer IHK-Vollversammlung die neuen „Wirtschaftspolitischen Leitlinien“ verabschiedet.

Auf diesem „Legitimationsteppich“ unserer Arbeit wollen wir uns in den kommenden vier Jahren mit unseren gut begründeten Argumenten sicher bewegen und gemeinsam unsere regionale Wirtschaft stärken.

Entstanden sind diese Leitlinien in den IHK-Fachausschüssen. Es steckt viel Arbeit darin und ich möchte mich hiermit für das große Engagement aller Beteiligten im Ehrenamt – aber auch im Hauptamt – bedanken. Mehr als 450 Unternehmerinnen und Unternehmer konnten sich einbringen.

Auf rund 70 Seiten haben wir unsere Vorstellungen, Wünsche und Erwartungen an eine gute und konstruktive Wirtschaftspolitik in der Region, in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa formuliert. Wir wollen mit diesen Leitlinien auch einen klaren und unmissverständlichen Appell an die Politik senden. Denn es gibt ohne jede Frage Handlungsbedarf.

Ich muss es leider so deutlich sagen: Es läuft derzeit nicht rund für unsere Unternehmen. Die Probleme und Herausforderungen für unsere Wirtschaft haben ein Ausmaß angenommen, das uns mit großer Sorge erfüllt.

Ob Deutschland erneut der „kranke Mann in Europa ist“, wie das britische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ so provokativ gefragt hat, kann ich nicht beantworten. Ich hoffe, dass die Antwort in naher Zukunft ein „Nein“ sein wird.

Aber die Wirtschaft steckt unübersehbar in einer Krise. Fast alle Indikatoren und Konjunkturprognosen zeigen es. Seit drei Quartalen ist die deutsche Wirtschaft nicht mehr gewachsen. Und Sie alle wissen, dass Stillstand oft zum Rückschritt wird.

Anders als während der Corona-Pandemie steht Deutschland mit dieser Stagnation weitgehend allein dar.

Als einziges Land im Euro-Raum hat Deutschland seine Wirtschaftsleistung aus dem Vor-Corona-Jahr 2019 noch nicht wieder erreicht (IW-Studie).

Die Industrieproduktion zum Beispiel liegt immer noch gut fünf Prozent unter dem damaligen Niveau.

Worunter Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit leidet, darüber ist viel geschrieben und noch mehr gesprochen worden. Die größten Risiken kennen Sie alle:

- die hohe Inflation,
- wesentlich verursacht durch die sehr hohen Energiekosten,
- der Fachkräftemangel und leider
- die immensen Bürokratiepflichten, die unseren Unternehmen mittlerweile auferlegt werden.
- Die langwierigen und komplizierten Genehmigungsverfahren, gerade auch bei Umwelttechnologien (z.B. Windräder).

Unsere aktuelle IHK-Konjunkturumfrage spiegelt die Stimmungslage in der regionalen Wirtschaft sehr gut wider.

Wir haben erneut gefragt, wie die Unternehmen ihre gegenwärtige Lage beurteilen. 85 Prozent antworteten mit „gut“ oder zumindest „befriedigend“.

Fast 14 Prozent allerdings antworteten mit „schlecht“ – und das ist verglichen mit 2022 eine Zunahme von vier Prozentpunkten in negativer Hinsicht.

Kommen wir zur zweiten Frage, in der wir die Erwartungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen im Jahr 2023 beleuchten.

Vor einem Jahr waren die negativen Erwartungen mit fast 30 Prozent besonders auffällig. Das war damals angesichts einer unsicheren Energieversorgungslage nachvollziehbar. Die Strom- und Gaspreisbremsen sowie die Hilfspakete auf Bundes- und Landesebene waren ein wirksames Instrument in dieser Phase der Energiekrise.

Ich möchte dies ausdrücklich betonen: Das energische Handeln aller Beteiligten bei den Energiegipfeln in Hamm, in Dortmund und im Kreis Unna ist ein Musterbeispiel für die konstruktive Zusammenarbeit von Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Ich sehe hier im Publikum viele vertraute Gesichter, denen ich danken möchte. Das Zusammenspiel im Herbst und Winter war eine hervorragende Leistung.

Und dafür bitte ich um einen Applaus.

Aber, meine Damen und Herren,
sind die Unternehmen für die nahe Zukunft nun optimistischer gestimmt?

Nein. Viele Sorgen sind geblieben. Gegenwärtig rechnet noch immer fast jeder vierte Betrieb (23 Prozent) mit einer schlechteren Geschäftslage. Diesem Wert stehen nur 13 Prozent gegenüber, die eine verbesserte Situation erwarten.

Mich überraschen diese Ergebnisse leider nicht.

Vor einem Jahr war es unklar, ob genug Energie zur Verfügung steht oder ob die Wirtschaft den großen Blackout – den Zusammenbruch der Stromversorgung – fürchten muss.

Ein Szenario, das zum Glück nicht eingetreten ist.

Nun folgt das große ABER. Heute Abend stehe ich vor Ihnen

und sage: Ja, es gibt Energie. Aber zu Preisen, die früher jede Vorstellungskraft gesprengt hätten.

Deutschlands Stromkosten sind die mit Abstand höchsten auf der ganzen Welt. Ein Mittelständler in unserer Region zahlt ungefähr viermal so viel für Energie wie sein Wettbewerber auf der anderen Seite des Rheins in Frankreich.

In unserer Umfrage sagen gut 70 Prozent, dass die gestiegenen Energiekosten negative und sehr negative Auswirkungen auf ihren wirtschaftlichen Erfolg haben.

Diese erhöhten Kosten lassen sich auch nur bedingt an die Kunden weitergeben. Gegenwärtig machen dies nur rund 40 Prozent der Betriebe, die Mehrheit will oder kann es nicht.

Das gilt nicht nur für energieintensive Industriebetriebe. Ich bin auch Einzelhändler und weiß, wie preissensibel viele Kundinnen und Kunden reagieren.

In der Gastronomie überlegt man sich angesichts hoher Inflation ebenfalls genau, ob man seinen Gästen das Schnitzel noch teurer anbietet, weil die neue Stromrechnung eingetrudelt ist.

Noch gravierender ist für die Gastronomie allerdings gegenwärtig die Sorge, dass der Mehrwertsteuersatz wieder von sieben auf 19 Prozent ansteigen soll.

Meine Damen und Herren,

energiepolitisch steht Deutschland am Scheideweg. Die Transformation in Richtung Erneuerbarer Energien soll ein großer Erfolg werden. Fraglich ist, was es unsere Wirtschaft am Ende kosten wird.

Aktuell steht nicht weniger als die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf dem Spiel. Und zunehmend auch die Glaubwürdigkeit der Politik. Fortwährende Streitigkeiten in der Bundesregierung wie beim „Heizungsgesetz“ führen bei Privatverbrauchern und in der Wirtschaft zu großer Verunsicherung.

Vertrauen ist ein außerordentlich wertvoller Rohstoff, der nicht leichtfertig verspielt werden sollte. Das Vertrauen aber in eine erfolgreiche Energiewende schwindet dramatisch.

Dass bis 2030 80 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen kommt, erscheint illusorisch. Zumal mit mehr E-Autos und Wärmepumpen auch der Strombedarf steigen wird.

Immer häufiger wandert der Blick der deutschen Industrie ins Ausland, wobei China an Attraktivität eingebüßt hat.

Abkoppeln kann sich unsere Wirtschaft vom wichtigsten deutschen Handelspartner nicht. Aber die Strategie, Risiken zu minimieren und neue Absatzmärkte zu prüfen, ist richtig.

Besonders attraktiv sind die USA. Dort ist Energie viel günstiger als bei uns. Zudem hat US-Präsident Joe Biden mit dem Inflation Reduction Act (IRA) ein gewaltiges Konjunkturprogramm (370 Milliarden Euro) aufgelegt – dass auch deutsche Unternehmen ermutigt, ihre Standorte dort auszubauen.

Unsere IHK-Experten im Bereich Internationales und die deutschen Auslandshandelskammern verzeichnen immer mehr Anfragen zu Investitionen in Nord- und Südamerika sowie in Asien.

Das ist grundsätzlich gut. Wir waren viele Jahre Export-Weltmeister und stolz darauf.

Wenn aber das Hauptmotiv für Auslandsinvestitionen „Kostensparnisse“ sind, ist Vorsicht geboten. Der Heimatmarkt Deutschland wird vielen Unternehmen offenbar zu teuer.

Dieser Trend könnte gefährlich werden.

Das im August veröffentlichte Energiewendebarmeter der DIHK zeigt es deutlich: In der Industrie verstärken sich die Abwanderungspläne. Fast ein Drittel der Industriebetriebe plant oder realisiert die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland.

Und wie sieht es in unserer IHK-Region aus?

Nach Abwanderungsplänen haben wir nicht gefragt. Aber wenn man Investitionen am Standort als Indiz für langfristiges Engagement interpretiert, wird man nachdenklich. Denn: Mit Investitionen am hiesigen Standort halten sich unsere Unternehmen deutlich zurück. Nur jeder neunte Betrieb plant höhere Investitionen. Fast jeder dritte Betrieb kalkuliert mit sinkenden Investitionen.

Meine Damen und Herren,

das sind alles alarmierende Zeichen. Deutschland steckt in einer existenziellen Energiekrise.

Die gute Nachricht ist, dass in Hamm-Uentrop mit der Wasserstoffallianz Westfalen eines der größten Netzwerke in Deutschland seine Arbeit aufgenommen hat.

Der erste Elektrolyseur ist bereits in Planung. Bereits ab 2026 könnte dort Wasserstoff produziert werden.

Gegenwärtig gibt es Forderungen nach einem Industriestrompreis. Aus Sicht der Gesamtwirtschaft ist der Wunsch nach dieser Subvention für 1.000 bis 2.000 energieintensive Industriebetriebe in Deutschland zwar nachvollziehbar – aber es ist eben nicht der richtige Weg.

Eine solche Subvention kommt nicht in der Breite der Wirtschaft – also nicht beim Mittelstand – an. Sie wäre zudem an schwer kalkulierbare EU-Genehmigungen geknüpft.

Sinnvoll wäre es hingegen, die Stromsteuern massiv zu senken, etwa auf europäisches Durchschnittsniveau. Auch Umlagen und

Entgelte sollten massiv reduziert oder gleich in den Bundeshaushalt übernommen werden.

Auf diese Weise würden Wirtschaft und Privathaushalte um viele Milliarden Euro entlastet.

Den fehlenden Einnahmen an dieser Stelle stünden stabilere Steuereinnahmen an anderen Stellen entgegen.

Meine Damen und Herren,

auch am 24. März war NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur unser Gast, damals in der IHK-Vollversammlung. Wir haben mit ihr über die geplante Transformation der Wirtschaft gesprochen und diskutiert. Es war ein guter, ein konstruktiv-kritischer Austausch – so wie wir es uns wünschen. Denn wir sind die Stimme der Wirtschaft und wollen gehört werden.

In dieser Sitzung haben wir Frau Neubaur auch zahlreiche Wünsche aus der Wirtschaft mit auf den Weg gegeben. Es waren sehr viele Empfehlungen für den Bürokratieabbau.

Offen gesagt warten wir noch immer auf eine konkrete Reaktion des Ministeriums. Aber zumindest hat Frau Neubaur beim Wirtschaftsgespräch der Dortmunder Volksbank vor einer Woche versichert, dass die Empfehlungen nicht in einer Schublade verschwunden sind, sondern sie sie aktiv im Rahmen ihrer täglichen Arbeit nutzt, um eine Entbürokratisierung in NRW hinzubekommen.

Sowohl die Ampelkoalition in Berlin als auch die NRW-Landesregierung haben sich den nachhaltigen Bürokratieabbau auf die Fahnen geschrieben. Meine dringende Bitte ist: Lassen Sie den Worten Taten folgen!

Das Zuviel an Bürokratie wird mittlerweile von der gesamten Wirtschaft als ein immenses Geschäftsrisiko gesehen. Der Vorschriftenschwungel ist eine der größten Wachstumsbremsen. Gerade der Mittelstand fühlt sich eingeschnürt im Bürokratie- und Auflagen-Korsett.

Mehr und mehr Obergrenzen, Vorgaben, Verbote und Zielmarken werden in Brüssel entwickelt – und dann mit deutscher Gründlichkeit durch weitere Regelungen, Berichts- und Nachweispflichten ergänzt.

Oft geht es dabei um wichtige staatliche Aufgaben. Wenn diese aber in so komplexer Form auf Betriebe übertragen werden, fördert das nicht nur den Bürokratie-Frust.

Aus dem Blick gerät dabei auch, dass Unternehmen eine elementare Produktions- bzw. Leistungsfunktion haben. Auch viele staatliche Stellen überfordern sich selbst mit dieser Normenflut und deren Kontrolle.

Die Wirkung ist fatal. Wichtige Ressourcen der Unternehmen sind gebunden, weil kleinteilige Vorschriften befolgt werden müssen. Planungen und Genehmigungsverfahren ziehen sich schier endlos.

Wir sehen das z.B. sehr deutlich beim Neubau der A45-Talbrücke bei Lüdenscheid.

So kann es nicht weitergehen.

Die Bundesregierung hat vor drei Wochen ein neues Bürokratieentlastungsgesetz angekündigt und will auch auf europäischer Ebene einen neuen Vorstoß wagen.

Am 2. November ist Bundesjustizminister Marco Buschmann zu Gast in der IHK. Der Bürokratieabbau wird sicher ein Thema sein.

Meine Damen und Herren,

leider nimmt der Fachkräftemangel dramatische Ausmaße an.

Die Baby-Boomer-Generation geht nach und nach in den Ruhestand – und die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wird von Jahrgang zu Jahrgang geringer.

Im Jahr 2030 werden nach unseren Berechnungen in der Region 40.000 Fachkräfte fehlen.

Die von uns befragten Unternehmen gehen zwar mehrheitlich davon aus, dass ihre Beschäftigtenzahlen 2023 konstant bleiben. 17 Prozent erwarten jedoch auch, dass die Zahl sinkt.

Offene Stellen hat mehr als die Hälfte der Betriebe – und in den allermeisten Fällen (74 Prozent) dauert es mindestens drei Monate und sogar noch länger, bis diese Stellen neu besetzt werden.

Inwiefern Künstliche Intelligenz (KI) beim Fachkräftemangel einen Ausweg bietet, vermag ich heute nicht zu sagen. Dass sich unsere Unternehmen mit dem Thema KI schon intensiv beschäftigen, zeigt unsere Umfrage.

Jedes vierte Unternehmen – sicherlich nicht nur aus dem IT-Bereich – nutzt das KI-Modell ChatGPT.

Dass unsere IHK ihr KI-Beratungsangebot frühzeitig deutlich ausgebaut hat, könnte ein Grund sein.

Unsere Wirtschaft muss alles tun, um das Fachkräftepotenzial zu stabilisieren.

Dazu braucht es:

- wenn es gesundheitlich möglich ist – längere Beschäftigungszeiten älterer Arbeitnehmer
- eine stärkere Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland nach einfachen und transparenten Regeln
- eine weitere Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit
- die bessere Qualifizierung ungelernter Fachkräfte
- Inklusion
- und ganz wichtig: mehr Wertschätzung für das System der dualen Berufsausbildung.
- Und sowieso: mehr Wertschätzung für unsere engagierten Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie sind das

Rückgrat unserer Wirtschaft bei Wertschöpfung, Beschäftigung, Ausbildung und Garanten für Wohlstand.

Zum 1. September gab es in unserer Region mehr als 4.200 Neuverträge für Auszubildende. Damit bleiben wir in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Wir sind guter Hoffnung, dass wir bis zum Jahresende wieder die 5.000er-Marke bei den neuen Verträgen knacken können.

Gute Nachrichten sind auch dringend notwendig. Denn der Bedarf bleibt groß und die Nachfrage nach Azubis kann leider oft nicht gedeckt werden. Allen Anstrengungen zum Trotz findet fast die Hälfte der Betriebe keinen geeigneten Nachwuchs.

Besonders schlecht sieht die Lage in der Gastronomie und Hotellerie aus.

Klar ist, wenn es um die duale Berufsausbildung geht, dann geht es nur gemeinsam. Es braucht den Schulterschluss der Ausbildungsbetriebe, Berufsschulen und IHK.

Die IHK-Organisation hat im März die große Azubi-Kampagne „Jetzt #Könnenlernen“ gestartet.

Worum geht es bei der Kampagne?

Neun junge Azubis stellen sich und ihre Ausbildungsberufe in den sozialen Medien vor. Sie zeigen, wie spannend und attraktiv eine Ausbildung ist – und erreichen damit auf Augenhöhe die Zielgruppe.

Und Sie, meine Damen und Herren, können sich mit ihrem Ausbildungsbetrieb an der Kampagne beteiligen. Ob mit Plakaten, auf der Homepage oder in ihren Social-Media-Kanälen – Werbemittel stehen bereit. Kommen Sie gerne auf die Berufliche Bildung der IHK zu.

Ab Freitag, also ab 22. September, wird die Kampagne deutschlandweit zusätzlich auf tausenden Plakatwänden zu sehen sein.

Meine Damen und Herren,

wo wir gerade beim Thema Bildung sind ... Sie alle wissen, dass man sich Zeit seines Lebens weiterentwickeln sollte. Weiterbildung und Fortbildung im besten Sinne. Wenn Sie sich nun alle einmal umdrehen, sehen Sie das Seminargebäude der IHK.

Es hat uns seit Anfang der 1970er Jahre treue Dienste geleistet, ist aber nicht mehr zeitgemäß. Die Bausubstanz hat gelitten und über Energieeffizienz wurde vor gut 50 Jahren kaum gesprochen.

Die IHK hat längere Zeit eine Reihe von Alternativen geprüft und dabei am Ende auch Glück gehabt. Die Sanierungs- und Neubaupläne für ein neues Multifunktionsgebäude konnten in der Schublade bleiben, denn es war uns möglich, das WIHOGA-Schulgebäude zu kaufen.

Danke nochmal an alle, die an diesem Prozess beteiligt waren. Im Frühjahr 2024 wollen wir das „IHK-Forum am Rombergpark“ einweihen.

Meine Damen und Herren,

Bildung kann nicht ausschließlich virtuell stattfinden. Bildung benötigt angemessene Räumlichkeiten. Womit wir kurz beim Thema Fachhochschule und „Smart Rhino“ wären. Die Pläne zur Ansiedlung auf dem HSP-Areal sind vom Tisch. Dafür ist der Hafen Dortmund ins Zentrum der Überlegungen gerückt.

Ich möchte betonen, dass es einen zukunftsgerichteten Standort für Wissenschaft, Bildung und Transfer in Dortmund geben muss. Dabei sollten alle möglichen Standorte geprüft und keiner im Vorfeld grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Ich könnte noch viele Beispiele zum Thema Infrastruktur nennen. Positive Signale gibt es etwa beim Ausbau der Schienenstrecke zwischen Lünen und Münster. Oder aus Hamm, wo der neue Güterbahnhof für klimaneutralen Güterverkehr entsteht.

Ich kann Ihnen versprechen: Wir bleiben bei diesen Projekten am Ball.

Meine Damen und Herren,

heute Abend spielt der BVB in Paris und wir drücken dem Team die Daumen. Ein Fußballspiel dauert zumeist rund 90 Minuten. Meine Rede allerdings nicht.

Es gibt noch viele andere Themen, z.B. Nachhaltigkeit, die Entwicklung unserer Innenstädte oder die Zukunft der Mobilität.

Lassen Sie uns diese und andere Themen jetzt in kleineren Runden besprechen. In Dortmund, in Hamm und im Kreis Unna steht die IHK an Ihrer Seite.

Ich wünsche Ihnen gute Gespräche!

Schön, dass Sie hier sind.